

## Gerda Holz: „Kommunale Strategien gegen Kinder- und Bildungsarmut“ – Der Ansatz kindbezogener Armutsprävention

**Abstract:** Eine nachhaltige Förderung sozial benachteiligter und/oder armer Jungen und Mädchen erfordert eine ausreichende und qualifizierte Infrastruktur für Kinder und ihre Eltern/Familien. Besonders gefordert ist die Kommune sowohl als Lebensort ihrer Bürger/-innen als auch als Garant sozialer Daseinsvorsorge. Sie spielt gerade für die Armutsprävention eine herausragende Rolle. Umso erstaunlicher ist eine nach wie vor konstaterbare Zurückhaltung in der theoretischen Diskussion und in der praktischen Umsetzung präventiver Handlungsansätze.

Dazu will dieser Beitrag einen grundlegenden Impuls geben. Zunächst wird komprimiert auf das gesellschaftliche Phänomen „Kinderarmut“ eingegangen. Es werden die Ursachen und Risiken benannt sowie das „Kindergesicht der Armut“ in seinen Erscheinungsformen und Wirkungen beschrieben. Daran schließt sich die Auseinandersetzung mit Armutsprävention allgemein und kindbezogener Armutsprävention im speziellen an. Sie ist als verhältnis- und verhaltensbezogener Ansatz sozialer Gegensteuerung zu verstehen. Besondere Verantwortung liegt beim Staat und entsprechend der föderativen Struktur bei den einzelnen staatlichen Ebenen. Abschließend werden bereits vorhandene Ansätze kommunaler Armutsprävention für Kinder vorgestellt, wobei zwischen integrierten Gesamtansätzen und komplexen Teilansätzen zu differenzieren ist. Beispielgebend sind – weil Vorreiter – Monheim am Rhein, Nürnberg und Wiesbaden.

**Stichworte:** Kinderarmut, Ansatz kindbezogener Armutsprävention, Armutsfolgen, Resilienz, Bildung, kommunale Präventionskette, öffentliche Verantwortung für Kinder, Mo.Ki-Monheim für Kinder, Bildungsteilhabe Wiesbaden, Nürnberg-Pass, Runder Tisch NRW - Hilfe für Kinder in Not

### Inhaltsverzeichnis

1. Armut – Ein gesellschaftliches Phänomen mit weitreichenden individuellen Folgen
2. Armutsprävention – Ist das möglich?
3. Ort der Umsetzung kindbezogener Armutsprävention – Die Kommune
4. Ausblick
5. Literatur

## 1. Armut – Ein gesellschaftliches Phänomen mit weitreichenden individuellen Folgen

Armut ist zunächst einmal ein mehrdimensionales gesellschaftliches Phänomen, das nicht zuletzt wegen seiner normativen Setzungen nur schwer fassbar ist. „Armut hängt von den sozialen und politischen Rahmendaten ab, die gesellschaftlich und politisch gestaltet werden“ (Huster et al. 2008: 16). Eine einheitliche Definition gibt es nicht (vgl. BMAS 2008), doch wird mittlerweile von einem allgemeinen EU-Verständnis ausgegangen und anhand einer gemeinsamen EU-Definition gemessen. Als arm gilt, wer weniger als 60 Prozent eines mittleren Einkommens (gewichtet, Median) zur Verfügung hat. Der bundesweite Grenzwert – ermittelt auf der Basis des Mikrozensus – lag 2007 bei 764,- Euro für einen Ein-Personen-Haushalt. Zusätzlich lässt sich die Zahl der Leistungsempfänger/-innen nach SGB II (umgangssprachlich Hartz IV) oder SGB XII als Anhaltswert nutzen.

Armut stellt darüber hinaus eine durch die jeweiligen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bestimmte individuelle Lebenslage dar, die sich vor allem durch folgende Merkmale auszeichnet:

- *Relative Einkommensarmut:* Die Person verfügt über zu wenig Einkommen, um am allgemeinen Lebensstandard einer Gesellschaft angemessen teilhaben zu können.
- *Defizitäre Lebenslage:* Die Person erfährt eine Unterversorgung mit materiellen wie immateriellen Gütern in den vier zentralen Dimensionen (Grundversorgung, Gesundheit, Bildung, Soziales). Der gegenwärtige Mangel führt wiederum zu verengten Zukunftschancen.
- *Beeinträchtigte Verwirklichungschancen:* Die Lebens-/Handlungs-/Entscheidungsspielräume der Person sind begrenzt und bedeuten eine Begrenzung in der Lebensgestaltung und den Verwirklichungschancen.
- *Soziale Ausgrenzung:* Die für das soziale Wesen „Mensch“ existenziell notwendige Teilnahme am sozialen Austausch wird eingeschränkt und die Partizipation – aktive Beteiligung und Mitgestaltung – an gesellschaftlichen Prozessen wird begrenzt.

### 1.1 Armut bei Kindern – Ursachen, Risiken und Umfang

Kinderarmut ist ein Terminus, der abkürzend die Folgen von familiärer Armut für Kinder meint[1]. Bei Beschäftigung mit kindlicher Armut ist automatisch auch die elterliche Lage zu betrachten.

Als *Ursachen* von Armut bei Erwachsenen gelten (Langzeit-)Erwerbslosigkeit und, in den letzten Jahren massiv zunehmend, Erwerbstätigkeit auf niedrigem Zeithiveau und/oder mit Niedriglohn. So lag 2007 der Anteil der Niedriglohneempfänger/-innen an allen Beschäftigten bei 21,7 Prozent oder anders formuliert: Mehr als jede/r Fünfte arbeitete für einen Stundenlohn unterhalb der Niedriglohnschwelle. Davon war fast jede/r zweite (47 %) Vollzeitbeschäftigte (working poor). Vier von fünf Niedriglohner/-innen (80 %) verfügen über eine abgeschlossene Berufs- oder Hochschulbildung (Kalina/Weinkopf 2009). Weiterhin sind unter anderem Trennung und Scheidung sowie

Überschuldung als Ursachen zu nennen. Noch selten wird – und wenn dann mit Bezug zur Problematik „Frauenarmut“ – die nicht oder nur gering entlohnte Haus-/Pflege-/Erziehungs-/Sorgearbeit diskutiert. Für eine größer werdende Gesellschaftsgruppe besteht heute die Gefahr von „Armut vor der Arbeit – Armut während der Arbeit – Armut nach der Arbeit“.

Dem *Armutsrisiko* unterliegen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich. Einige Beispiele: Der Altersgruppenvergleich zeigt für Kinder und Jugendliche die höchsten Risikoquoten an. Der Gendervergleich belegt, dass Frauen spätestens ab dem jungen Erwachsenenalter und danach kontinuierlich bis ins hohe Alter stärker armutsbetroffen sind. Bei einer Differenzierung nach Bildungshintergrund ist es die Gruppe der niedrig Qualifizierten. Kinder sind vor allem dann risikogefährdet, wenn sie in einer Familie mit einem oder mehreren von fünf sozialen Merkmal(en) aufwachsen: alleinerziehend, bildungsfern, Migrationshintergrund, mehr als zwei Geschwister, Lebensort ein sozial belastetes Quartier. Besteht eine Merkmalskombination potenziert sich die Gefährdung um ein Vielfaches. Kinderarmut ist schon seit Mitte der 1980er Jahre ein Massenphänomen. Anhand der Sozialhilfe-/Sozialgeldstatistik wurde das Strukturmuster erkennbar: je jünger die Altersgruppe desto höher war deren Armutsrisiko. In den letzten Jahren hat sich die Risikoverteilung innerhalb der jungen Generation weg von der Gruppe der Kleinkinder (unter 3 Jahre = rd. 17 % Armutsrisikoquote) hin zur Gruppe der Jugendlichen (13 bis 18 Jahre = rd. 21 %) und noch mehr zur Gruppe der jungen Erwachsenen (19 bis 25 Jahre = fast 25 %) verschoben. Letztere sind aktuell am stärksten armutsbetroffen (vgl. Grabka/Frick 2010: 6).

Vom *Umfang* her finden sich je nach Definition, Betrachtungsperspektive und Ansatz der Messung unterschiedliche Angaben. Einige Anhaltswerte: 2007 waren 2,4 Mio. der unter 18-Jährigen in 1,4 Mio. Haushalten arm (SOEP, 60 %-EU-Armutsgrenze). Die Risikoquote lag bei 17,7 % (BMFSFJ 2009b: 63). SGB II-Leistungen bezogen im März 2010 rund 3,67 Mio. Bedarfsgemeinschaften. In mehr als jeder dritten lebten Kinder unter 15 Jahre. Rund 1,78 Mio. oder jedes sechste Kind war von Hartz IV abhängig (vgl. BA 07/2010).

Die Hartz IV-Zahlen offenbaren immense Unterschiede auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene. Typisch ist eine Dreiteilung des Bundesgebietes mit einem Ost-West- und einem Nord-Süd-Gefälle. Hinzu kommt ein Stadt-Land-Gefälle. Die Spreizung erfasst Tabelle 1: Zwar weist Bayern mit einer durchschnittlichen Landesquote von 7,7 Prozent die geringste Hartz IV-Quote unter allen Bundesländern auf und doch reicht selbst hier das Spektrum von 23,5 Prozent (Stadt Hof) bis 1,7 Prozent (Kreis Freising). Für Hessen findet sich eine Spreizung von 34,4 bis 7,9 Prozent.

Tab.1: Anteil der unter 15-Jährigen Sozialgeldbezieher/-innen an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe nach Regionen		
Region	Anteil der unter 15-Jährigen mit SGB II-Bezug	
	Höchster Wert	Niedrigster Wert
Sachsen *)	33,8 %	18,3 %
Hessen	34,4 %	7,9 %
Nordrhein-Westfalen	33,3 %	5,9 %
Niedersachsen	30,3 %	9,2 %
Bayern	23,5 %	1,7 %
Frankfurt am Main ** )	41 %	3 %

Anmerkungen: Daten der BA. \*) Daten für Dezember 2009; \*\*) Daten für das Jahr 2007  
 Quellen: Vgl. Schröder 2010; Stadt Frankfurt am Main 2008; Eigene Zusammenstellung.

Aufwachsen heute bedeutet, dass die Lebenswelten von armen und nicht-armen Kindern immer weniger miteinander zu tun haben (vgl. Alt 2008; Holz et al. 2006; Zander 2009). „In Abhängigkeit von der Lebenssituation der Eltern haben sich in Deutschland in den letzten Jahren vielfach parallele Kinderwelten ausgeformt. Die Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder unterscheiden sich erheblich darin, ob sie beispielsweise im Schatten von Arbeitslosigkeit aufwachsen, keinen häuslichen Umgang mit Büchern, aber möglicherweise mit PC-Spielen haben, durch engagierte Eltern gefördert oder mit ungelösten MigrantInnenproblemen konfrontiert werden“ (Henry-Huthmacher 2008: 7). Es ist ein hohes Maß sozialer Ungleichheit oder anders formuliert „ungleicher Kindheit“ feststellbar (vgl. APuZ 2009).

## 1.2 Armut – größter Risikofaktor kindlicher Entwicklung mit komplexen Folgen

Befunde der AWO-ISS-Langzeitstudie[2] beschreiben, dass arme Kinder bereits im Alter von sechs Jahren erkennbar belastet sind. Ihre *materielle Grundversorgung* weist erhebliche Defizite auf, was sich am deutlichsten im verspäteten und unregelmäßigen Zahlen von Essensgeld und sonstigen Beiträgen für KiTa-Aktivitäten zeigt. Betroffen Kinder kommen häufiger hungrig in die Einrichtung und/oder dem Kind fehlte die körperliche Pflege. Ebenso sind Mängel im *kulturellen Bereich* zu erkennen, insbesondere durch Auffälligkeiten im Spiel-, Sprach- und Arbeitsverhalten. Arme Kinder wurden nicht nur insgesamt häufiger als nicht-arme Kinder vom Schulbesuch zurückgestellt, sondern auch bei vergleichbarer

Ausgangslage beziehungsweise dem gleichen Maß an „Auffälligkeiten“ hatten sie geringere Chancen für einen regulären Übertritt in die Regelschule als nicht-arme Kinder. Das setzt sich im weiteren Lebensverlauf fort. Arme Mädchen und Jungen haben bis zum Alter von zehn Jahren auch weitaus weniger allgemeine und altersgemäße Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten; zum Beispiel durch Vereinsmitgliedschaft oder Teilnahme an freiwilligen Kursen inner- und außerhalb der Schule. Sie erfahren Bildungsbenachteiligung in der Grundschule, sichtbar werdend anhand folgender Indikatoren: (a) häufigere Klassenwiederholung, (b) schlechtere Schulnoten bei gleicher Leistung, (c) geringere Chancen, eine Gymnasialempfehlung zu erhalten und (d) erhöhter Wechsel in Förder- und Hauptschulen (vgl. Holz et al. 2006). Das setzt sich im weiteren Schulverlauf fort. Familiäre Armut gilt als der größte Risikofaktor in Bezug auf den Schulerfolg, es folgen elterlicher Bildungs- und Migrationshintergrund (vgl. Schulze et al. 2008; Bos et al. 2010). Diese Prozesse wirken fort, so dass der Anteil an armen Jugendlichen in Jugendhilfe-Maßnahmen oder in Berufsvorbereitungsangeboten überproportional ist (vgl. MASGFF 2010; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Ihre Erfahrungen als Opfer oder Täter bei Gewaltdelikten, ihre Suchtkontakte und Krankheitsgefährdungen sind überdurchschnittlich (vgl. Laubstein et al. 2010).

Armut ist auch bei Kindern kein einmaliges Ereignis, sondern es sind Episoden, die sogar die gesamte Kindheit andauern können. Die von Fertig/Tamm durchgeführte Analyse der SOEP-Daten von 1991 bis 2005 verdeutlicht, dass Heranwachsende in Familien mit zwei vollzeitbeschäftigten Eltern so gut wie nie über eine längere Phase (d.h. > 5 Jahre) arm waren, dagegen aber fast 32 Prozent mit einer nicht vollzeitbeschäftigten Alleinerziehenden (vgl. Fertig/Tamm; 2008: 163.) Die AWO-ISS-Studie erfasst rund 17 Prozent der zwischen 1999 und 2003/04 erforschten Kinder als dauerhaft arm. Dauerarmut ist bei ihnen am stärksten mit konstanter Auffälligkeit in der kulturellen Lage (Bildung) verknüpft, d. h. sowohl mit Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten als auch mit Lernkompetenzen und Schulerfolg. Unbestritten ist heute die drängende Aufforderung gesellschaftlichen Handelns zur Gegensteuerung (vgl. Meier-Gräwe 2009; Holz 2009; BJK 2009). Armutsprävention auf allen Ebenen und allerorts ist gefordert. Was ist damit gemeint? Was beinhaltet das? Welche Ziele und Schwerpunkte sind wichtig? Welche Strategien sind erforderlich? Was ist im konkreten Alltag auf kommunaler Ebene bereits zu finden?

## 2. Armutsprävention – Ist das möglich?

Die theoretische wie empirische Basis liefern die Erklärungsansätze der Gesundheitswissenschaft und der Sozialen Arbeit sowie daran orientierte Konzepte einer (Gesundheits-)Förderung<sup>[3]</sup> (vgl. Mielck 2005; Lampert/Richter 2009; Rosenbrock/Kümpers 2009). Gleichwohl sind dort genutzte Termini der Prävention und der Bewältigung im Kontext der Armutsproblematik spezifisch zu betrachten (vgl. Richter 2005; Zander 2009, Holz/Richter-Kornweitz 2010). Deutlich wird das anhand von Fragen wie: Lässt sich Armut tatsächlich verhindern? Wer kann sie verhindern?

Prävention übersetzt als Vermeidung/Verhinderung von schädlichen Ereignissen kann Armut als Gesellschaftsphänomen nicht wirklich abwenden, denn Armut ist genuiner Bestandteil moderner – auf Erwerbsarbeit beruhender, über Geldbeziehungen funktionierender – Gesellschaften. Es geht also im Zusammenhang mit Armutsprävention eher um die Frage, wie vorhandene materielle Ressourcen und Chancen in einer Gesellschaft verteilt sind und wie mittels des Marktgeschehens der Wohlstand für alle respektive eine wachsende Ungleichheit zwischen verschiedenen sozialen Gruppen erzielt wird. Wachsende soziale Ungleichheiten haben zunehmende Armut und soziale Ausgrenzungen von Individuen und einzelnen Bevölkerungsgruppen zur Folge (vgl. Huster et al. 2008).

Wenn Armutsursachen zuvorderst im strukturellen (Verhältnis-)Bereich und erst dann im individuellen (Verhaltens-)Bereich liegen – da, wie oben ausgeführt, die Risiken gesellschaftlich verschieden verteilt sind und diese die einzelnen sozialen Gruppen unterschiedlich treffen können –, dann müssen Handlungsansätze zur Gegensteuerung ebenfalls beide Bereiche in den Blick nehmen. Das erfordert immer eine ganzheitliche und systemorientierte Betrachtungsweise.

Armutsprävention wird als gesellschaftliche Verpflichtung und zugleich als sozialstaatlicher Auftrag entscheidend durch Politik und Verwaltung gestaltet. Sie beinhaltet das Aktivwerden auf unterschiedlichen Handlungsebenen und vereint in sich politische, soziale, pädagogische und planerische Elemente. Sie umfasst gegensteuernde Maßnahmen durch Gestaltung von Rahmenbedingungen, Bereitstellung sozialer Ressourcen und durch Förderung integrativer Prozesse. Akteure sind die politisch Verantwortlichen auf kommunaler, Landes-, Bundes- und EU-Ebene, aber auch Organisationen, Institutionen und ihre Fachkräfte sowie die Bürger/-innen selbst.

Maßnahmen der Armutsprävention lassen sich in vielen Feldern und Formen verorten. Zudem gibt es ein ausdifferenziertes konzeptionelles und methodisches Knowhow der verschiedenen Professionen. Sind die Stärken der Gesundheitsförderung gerade in der Primär- und Sekundärprävention zu finden, so ist es eine Stärke sozialarbeiterischen Handelns, sekundär- und tertiärpräventiv zu wirken. Bei Kindern kommt dem Bildungssektor herausragende Bedeutung zu. Die Stärken der Pädagogik liegen eindeutig in der Sekundärprävention. Allein diese Zuordnungen verdeutlichen, Prävention im Kontext von Armut ist eine Querschnittsaufgabe aller Professionen und aller Institutionen und Dienstleister. Sie ist zudem ein Querschnittsauftrag aller Politikfelder von der Wirtschafts- und Arbeitsmarkts-, von der Berufs- und Bildungs-, von der Gesundheits- über die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik bis hin zur Sozialpolitik.

### 2.1 Was ist mit „kindbezogener Armutsprävention“ gemeint?

- Kindbezogene Armutsprävention stellt einen theoretischen und praktischen Handlungsansatz dar, der aus der Kindperspektive heraus auf positive Lebens- und Entwicklungsbedingungen für Mädchen und Jungen heute und für ihre Zukunft hinwirkt. So ist eine gesellschaftliche Antwort auf die komplexe Problematik möglich. Dabei steht die Kommune im Mittelpunkt, da sie zum einen der Entwicklungs- und Lebensort von Kindern sowie zum anderen der Träger der Kinder- und Jugendhilfe sowie Garant der sozialen Daseinsvorsorge ist.<sup>[4]</sup> Gleichwohl kommen den anderen Staatsebenen – und künftig immer stärker der EU-Ebene – weitere, jeweils ganz spezifische Verantwortlichkeiten zu.
- *Bezugspunkt* ist Armut, das heißt familiäre Einkommensarmut, da diese das größte Entwicklungsrisiko für Kinder darstellt.
- *Leitorientierung* ist die Sicherung eines „Aufwachsens im Wohlergehen“ für alle Kinder und speziell für arme. „Aufwachsen im Wohlergehen“ bedeutet, die Lebenswelt der Kinder so zu gestalten, dass hinsichtlich ihrer aktuellen

Lebenslagen keine Beeinträchtigungen oder „Auffälligkeiten“ bestehen und somit eine positive Zukunftsentwicklung zu erwarten ist. Für arme Kindern sind dabei spezifische Anstrengungen zur Schaffung förderlicher Entwicklungsbedingungen zu unternehmen.

- **Hauptziel** ist es, kindspezifische Armutsfolgen zu vermeiden respektive zu begrenzen, aber auch ursächliche Gründe auf Seiten der Eltern/Familie und des Umfeldes positiv zu beeinflussen. Sie kann folglich aus drei Richtung wirken: Zum einen indirekt durch (a) eltern-/familienorientierte und (b) sozialraumorientierte Maßnahmen sowie zum anderen direkt durch (c) kindorientierte Maßnahmen.
- **Ansatzpunkte** sind mit Blick auf sozial belastete Jungen und Mädchen sowohl die (1) Förderung von Resilienz durch Stärkung ihrer personalen und sozialen Ressourcen als auch die Ausweitung (2) struktureller Armutsprävention durch Sicherung und Gestaltung von kindgerechten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Beides bedingt einander, steht in wechselseitigem Bezug zueinander und kennt dennoch eigene Schwerpunkte:
- **Förderung von Resilienz bei Kindern:**
- Sie zielt ab auf psychische Gesundheit trotz erhöhter Entwicklungsrisiken und auf Bewältigungskompetenz. Im Mittelpunkt steht die umfassende Stärkung individueller und sozialer Ressourcen. Nach Richter (2005) ist der Prozessgedanke für das Verständnis von Resilienz unverzichtbar. Wichtig für die pädagogische Praxis ist: Resilienz kann beim Kind unmittelbar und mittelbar über die Erziehungsqualität gefördert werden, denn entscheidend ist, was Kinder den Anforderungen des Alltags entgegensetzen können, wie sie beispielsweise Konflikte aktiv lösen und Probleme bewältigen. Ebenso wichtig, wie das Gefühl selbst wirksam sein zu können und eigene Kontrolle über Entscheidungen zu haben, ist die Förderung von Eigenaktivität und Verantwortungsübernahme. Resiliente Verhaltensweisen können gefördert werden, indem unter anderem
  - ermutigt wird, eigene Gefühle zu benennen und auszudrücken,
  - vermieden wird, vorschnelle Hilfeleistungen zu geben,
  - geholfen wird, soziale Beziehungen aufzubauen,
  - geholfen wird, sich selbst erreichbare Ziele zu setzen,
  - ermutigt wird, positiv und konstruktiv zu denken.
- Dazu ist es notwendig, Kinder schon früh in wichtige Entscheidungsprozesse einzubinden, denn so entwickeln sie ein Gefühl selbstwirksam zu sein und Kontrolle über ihr eigenes Leben zu haben. Nur wer auf genügend soziale und personale Ressourcen zurückgreifen kann, kann Belastungen erfolgreicher und ohne gravierende psychosoziale Folgen bewältigen. Entwicklungsrisiken und Resilienz sind nicht Charakteristika eines Kindes oder Jugendlichen, sondern das Produkt eines Prozesses zwischen dem Individuum und seiner Entwicklungsumgebung. Arme Kinder werden darüber stark und erhalten ein tragfähiges Fundament für ihr weiteres Leben.
- Im Zentrum steht pädagogisches Handeln aller Sozialisationsinstanzen (inner- und außerfamiliär). Die Grundlagen bilden entsprechende Konzepte und deren Umsetzung in den für Kinder verantwortlichen Bildungs-, Kultur-, Gesundheits-, Sozialeinrichtungen sowie im Gemeinwesen.
- **Umsetzung struktureller Armutsprävention für Kinder:**
- Sie ist auf die Rahmengestaltung und eine allgemeine Steuerung des Staates auf allen Ebenen, besonders aber durch die Kommune, ausgerichtet. Sie umfasst verhältnisorientierte Gestaltungsansätze und schafft die Folie für verhaltensorientierte Konzepte und Maßnahmen. Dabei können alle drei Präventionsarten mit jeweils eigenem Fokus relevant sein.
  - Kindbezogene Armutsprävention als *Primärprävention*: Richtet sich auf die materielle Existenzsicherung, auf Teilhabe, Sicherung von Gesundheit und kultureller Integration. Ansatzpunkt ist die Gestaltung von Rahmenbedingungen auf allen Staatsebenen und in allen Lebensbereichen. Hauptzielgruppe sind die Eltern/Familien.
  - Kindbezogene Armutsprävention als *Sekundärprävention*: Vermeidet/vermindert die mit der Armut einhergehende Gefährdung der Kinder in den vier Lebenslagedimensionen (Grundversorgung, Gesundheit, Soziales, Bildung). Es geht dabei um die Herausbildung von Kompetenzen und Ressourcen und nicht nur um die Vermeidung von Auffälligkeiten. Hauptzielgruppe sind die Kinder in ihrer Lebenswelt.
  - Kindbezogene Armutsprävention als *Tertiärprävention*: Richtet sich auf den Umgang mit verstetigten Formen von Armut(sfolgen). Es geht darum, Verschlimmerungen oder Verfestigungen von vorliegenden Schäden bei Kindern zu verhindern. Wieder sind die vier Lebenslagedimensionen einzubeziehen. Hauptzielgruppe sind die Kinder und ihre Lebenswelt.
- **Strukturform** ist die Präventionskette, die lebensbiografisch angelegt ist: spätestens ab der Geburt des Kindes bis zu seinem erfolgreichen Berufseinstieg. Diese kann auch als Bildungskette oder als Integrationskette bezeichnet werden, um Handlungsfelder zu verdeutlichen. Aber nur dann, wenn ein kommunales Gesamtkonzept zugrundeliegt, kann sie Erfolg haben, ansonsten laufen die verschiedenen Termini schnell Gefahr, doch wieder bei der Gestaltung einzelner Felder stehen zu bleiben. Strukturform ist weiterhin das Netzwerk. Der Kommune kommt dabei immer die verantwortliche Gesamtsteuerung, wie es unter anderem im SGB VIII festgeschrieben ist, zu. Sie agiert aber innerhalb eines Präventionsnetzwerkes, das sich aus allen relevanten Akteuren vor Ort zusammensetzt. Teil dessen sind auch Bürger/-innen mit ihrem persönlichen Engagement.
- **Handlungsform** ist eine abgestimmte Kooperation zwischen unterschiedlichen Akteuren, d.h.: Professionen, Institutionen, Bürgerschaft usw. Nur so kann das erforderliche Spektrum unterschiedlicher Präventionsmaßnahmen realisiert werden und zu einer breiten Wirkung führen.
- **Zwei Zeitdimensionen** sind typisch: Zum einen benötigen Kinder/Familien Hilfen mit Blick auf die Vergangenheit. Diese müssen geeignet sein, eingetretene Benachteiligungen abzubauen. Zum anderen sind Hilfen mit Blick auf das Jetzt und die Zukunft vonnöten, um präventiv das Entstehen erneuter oder verfestigter Ausgrenzung zu vermeiden. Dabei sind Geld-, Sach- und Dienstleistungen als Einheit zu verstehen, einschließlich ihrer wechselseitigen Verbindungen.

## 2.2 Ansatzpunkte staatlicher Gestaltung im Sinne kindbezogener Armutsprävention

Hierzulande existiert ein ausdifferenziertes System aus Geld- und Dienstleistungen für (arme) Familien und Kinder.

Entscheidend ist, wie das System *der materiellen Grundsicherung/-versorgung* und die *Instrumente einer kindbezogenen Armutsprävention* miteinander verknüpft und strukturell aufeinander abgestimmt sind. Das erfordert – wie oben beschrieben – verantwortliches Handeln vieler. Letztendlich aber kommt es darauf an, vor Ort – als dem Lebens- und Sozialisationsraum von Kindern – sowohl ein positives Klima als auch eine allgemeine Infrastruktur zu schaffen. Es bestehen drei Ansätze staatlicher Gestaltung kindbezogener Armutsprävention, die indirekt oder direkt auf den Heranwachsenden ausgerichtet sind:

*1. Indirekt über die Stärkung und Unterstützung von armen Eltern/Familien:*

Hier gilt es, Armutsursachen zielgerichtet durch staatliche Rahmenseetzungen zu bekämpfen. Es geht um den Zugang und die Teilhabe der Erwachsenen zu allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere dem Erwerbsleben (Arbeitsmarkt), der sozialen Sicherung (Sozialtransfers), der Infrastruktur (Hilfsangebote) und der Kompetenzförderung (Familien-Bildungsangebote). Je besser arme Eltern integriert sind, desto eher können sie ihre Verantwortung gegenüber ihren Kindern wieder erfüllen. Hauptakteur ist der Bund in Kompetenzteilung mit den Ländern.

*2. Indirekt über die Gestaltung der sozialen Umwelt:*

Armut ist Indikator für soziale Segregation in der Kommune. Je besser es vor Ort gelingt, die Bedingungen des Aufwachsens von allen und gerade von belasteten Mädchen und Jungen zu gestalten, desto größer sind die Chancen für ein lern- und erfahrungsreiches Umfeld. Gerade die Kinder- und Jugendhilfe kennzeichnet sich sowohl durch den Einzelfallbezug als auch die Gemeinwesenorientierung. Das konkretisiert sich im Auftrag (die Lebenswelt und den Lebensraum der Minderjährigen berücksichtigen), bei der Angebotsgestaltung (zu kooperieren und zu koordinieren) und in der Strukturentwicklung (zu vernetzen und Querschnittsbezüge herzustellen). Hauptakteur ist die Kommune mit Unterstützung von Land und Bund.

*3. Direkt über die Förderung, Unterstützung und Schutz armer Kinder:*

Es gilt, die Armutsfolgen aufzufangen und die Potenziale jedes einzelnen Jungen und Mädchen zu entwickeln. Es geht um eine schützende Begleitung in der Kindheit und Jugend. Je sensibler die öffentliche Wahrnehmung und Verwirklichung von Kinderbelangen ist, desto größer die Sicherheit, dass ihnen eine Zukunft eröffnet wird. Wichtige Felder sind hier: materielle Existenzsicherung, Wohnraumsicherung, Förderung erfolgreicher Bildungsverläufe über „kommunale Bildungslandschaften“ oder Gesundheitsförderung in KiTas, Schulen und im Quartier. Hauptakteur ist die Kommune mit Unterstützung durch das Land.

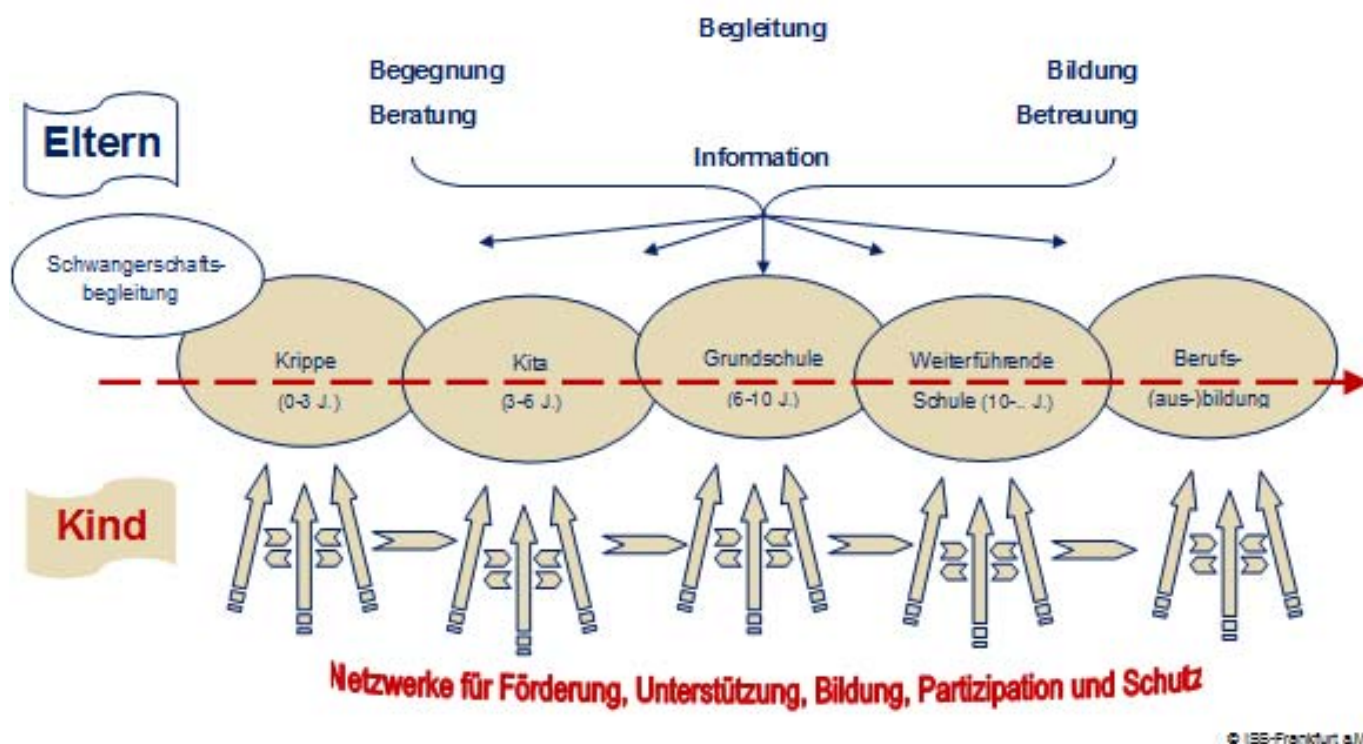
### **3. Ort der Umsetzung kindbezogener Armutsprävention – Die Kommune**

Das gemeinsame Handeln vieler ist fundamental auf gemeinsame Ziele gerichtet. Erforderlich ist eine Arbeitsteilung verbunden mit einer hohen Bereitschaft zu Kooperationen zwischen den Akteuren. Eine Strukturvoraussetzung dafür ist das Präventionsnetzwerk. Die spannungsvollsten und zugleich immer wieder entscheidenden Nahtstellen sind die lebensbiografischen Übergänge (z.B. Übergang Geburt – Frühe Hilfen, Frühe Hilfen – KiTa usw.) (vgl. Abb. 1).

Armutsprävention auf kommunaler Ebene ist die sichtbare Neuorientierung einer Gemeinde/Stadt und bedeutet einen Paradigmenwechsel im Sinne von „Prävention als Aktion statt Reaktion“. Dieser Prozess ist immer ein (kommunal-)politischer unter Einbindung der städtischen Gremien respektive der Verwaltung(sspitze). Es erfordert einen „langen oder mindestens längeren politischen Atem“.

Es sind Transparenz und öffentliche Diskussionen erforderlich, schließlich impliziert Armut stets soziale Ausgrenzung. Die Gegenbewegung, soziale Integration, erfolgt nicht ohne das Wissen und ohne die Bereitschaft der Bürger/-innen, ohne ihre Betroffenheit, ihren Protest oder ihr Engagement. Engagement und Solidarität der Menschen untereinander wiederum sind nicht allein abstrakt formulierte wichtige Fundamente einer Gemeinschaft, sondern realiter allorts meist öfter vorhanden als vermutet. Das gilt es immer wieder zu fördern und für armutsbetroffene Gruppen einzusetzen.

Abb.1: Strukturprinzip kindbezogener Armutsprävention – Kommunale Präventions-/Bildungskette durch Netzwerke



Quelle: Eigene Darstellung.

### 3.1 Ausgewählte Beispiele kindbezogener Armutsprävention durch Kommunen

Immer mehr befassen sich Städte und Gemeinden mit dem Problem „Kinderarmut“ sowohl aufgrund steigenden Problem- und Handlungsdrucks als auch zunehmenden Bewusstseins für eine „öffentliche Verantwortung“ in Ergänzung der „privaten Verantwortung“ für sozial belastete und arme Kinder. Dazu hat nicht nur der 12. Kinder- und Jugendbericht (BMFSFJ 2005) beigetragen, sondern genauso die Diskussion um ein kindergerechtes Deutschland oder universale Kinderrechte (vgl. zuletzt BJK 2009).

Im Wesentlichen lassen sich derzeit bundesweit zwei Ansätze in Kommunen erkennen:

- **Integrierter Gesamtansatz:** Dieser zeichnet sich durch ein umfassendes Verständnis von Armutsprävention aus und ist integrativer Teil von Stadtentwicklung. Er greift die komplexe Problematik mit einem komplexen Handlungsansatz kindbezogener Prävention auf und stellt direkte Bezüge zu allen kommunalen Handlungsfeldern – von der Kinder-/Jugend-/Familienhilfe über die Bildungs- und Stadtplanung bis hin zur Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsförderung – her. Er beinhaltet das Arbeiten anhand von Zielen, formuliert Strategien und Maßnahmen, setzt auf Vernetzung aller relevanten Akteure vor Ort und schaut auf Effekte. Vorreiter dieses Ansatzes sind Monheim am Rhein und Dormagen (vgl. Stadt Dormagen 2008; LVR 2009). Zwischenzeitlich liegen bereits Erfahrungen aus Nürnberg vor und andere Städte wie Aachen, Frankfurt am Main, Hannover, Köln, Mainz oder Stuttgart sind auf dem Weg. Das Monheimer Konzept wird nachfolgend ausführlicher und der Nürnberger Ansatz im Überblick beschrieben.
- **Komplexer Teilansatz:** Charakteristisch ist, dass er sich dem komplexen Problem ebenfalls mit einem entsprechend umfassenden Verständnis nähert, aber einen Bereich herausgreift und damit ein Handlungsfeld kommunaler Verantwortung in den Fokus stellt. Dies kann der Bildungsbereich (z.B. Stadt Wiesbaden), die Frühe Förderung (z.B. Stadt München) oder auch der Aufbau eines Sozialmonitoring (z.B. Mühlheim am Rhein) sein. Die „Strategien zur Bildungsteilnahme von sozial benachteiligten Kindern“ der Stadt Wiesbaden sind an späterer Stelle beispielhaft skizziert.

#### Zu a) Integrierte Gesamtansätze – Welche Erkenntnisse bieten die Städte (Mittel- und Großstadt)

##### 3.1.1 Was macht die Stadt Monheim am Rhein seit 2002 (anders)?

**Problemdruck:** 19 Prozent oder 1.577 der unter 18-Jährigen lebten Mitte 2008 von Hartz IV, bei den unter 7-Jährigen lag die Quote bei 25,2 Prozent. Am stärksten betroffen sind Jungen und Mädchen, die in *einem* Stadtteil aufwachsen, der seit 1995 als Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf anerkannt ist. Hier leben knapp 26 Prozent der Monheimer Bevölkerung, aber rund 35 Prozent der Monheimer Jugend. Sie haben mehrheitlich einen Migrationshintergrund und wachsen vermehrt in Haushalten mit folgenden Strukturmerkmalen auf: Hartz IV-Bezug, alleinerziehend, erwerbslos oder erwerbstätig mit Niedrigeinkommen.

##### Der Monheimer Ansatz – Leitziele, Philosophie und Strategien

**Einbindung in die Stadtentwicklung:** Ausgangspunkt war und ist das Zielkonzept 2020 der Stadt hin zu einer integrierten, nachhaltigen und strategisch ausgerichteten Stadtentwicklung. Zwei Bereiche sind im Armutskontext besonders relevant: (a) die Maßnahmen zur Stadterneuerung in dem belasteten Viertel und (b) der Bereich Kinder und Jugendliche.

**Federführung:** Fachbereich Kinder, Jugend und Familie der Stadtverwaltung mit der dort angesiedelten

Koordinierungsstelle „Mo.Ki“ (vgl. Stadt Monheim am Rhein 2009).

*Leitziel:* Dieses bildet die Basis der kommunalen Präventionsstrategie und lautet, „möglichst vielen Kindern eine erfolgreiche Entwicklungs- und Bildungskarriere eröffnen und sichern“. Erreicht werden soll das unter anderem über folgende *Teilziele:* (a) Abbau des Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg, (b) Kindern im belasteten Stadtgebiet eine bessere Chance auf Bildung, Erziehung und Förderung sowie ein selbstbestimmtes Leben in der Zukunft eröffnen, (c) ein Frühwarnsystem einschließlich Angebote der frühen Förderung/Hilfe etablieren, (d) eine bessere Verzahnung von Gesundheits-, Kultur-, Schulbereich und Jugendhilfe erreichen sowie (e) Nutzung aller in der Kommune vorhandenen Ressourcen.

- *Ansatz und Philosophie:* Seit 2002 systematisch entwickelt und ausgebaut wurde „Mo.Ki – Monheim für Kinder“. Dieses fördert Kinder, unterstützt Familien, stärkt Eltern, fördert Bildung, gestaltet Übergänge, praktiziert Vernetzung und baut die Qualifizierung der Fachkräfte aus. Grundgedanke ist eine Vernetzung aller vor Ort für Kinder engagierter Akteure, um gemeinsam das „Aufwachsen im Wohlergehen“ eines jeden Monheimer Mädchens oder Jungens zu sichern. Dabei sind zwei Grundelemente – Einzelförderung und Strukturentwicklung, die untrennbar miteinander verknüpft sind, gemeinsam gedacht werden und sich in allen Aktivitäten wieder finden – charakteristisch: Es geht um die Förderung von Resilienz (=Verhaltensebene) und die Gestaltung von Strukturen (=Verhältnisebene).

*Strategie:* Aufbau einer Präventionskette mit fünf Bausteinen der Begleitung „Von der Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg“ und die sie tragenden Netzwerke. Im Zentrum steht die Kinder-, Jugend- und Familienhilfe.

*Bausteine:* Bislang sind drei entwickelt und erprobt respektive in der Erprobung:

- Als erster Baustein wurde von Oktober 2002 bis September 2004 das Modellprojekt „Mo.Ki – Zur Vermeidung von Armutsfolgen bei 3- bis 6-Jährigen und ihren Familien“ (kurz: „Mo.Ki I“) in Trägerschaft der AWO Niederrhein und der Stadt Monheim geschaffen. Das Konzept setzt in den fünf (in unterschiedlicher Trägerschaft befindlich) Kindertagesstätten des Sozialraums an und erreicht mit rund 500 Jungen und Mädchen fast alle KiTa-Kinder und ihre Eltern in dem benachteiligten Stadtteil (vgl. Holz et al. 2005, Schlevogt 2009).
- Als zweiter Baustein wurde von Oktober 2005 bis Dezember 2008 das Modellprojekt „Mo.Ki II – Frühes Fördern in der Grundschule“ (kurz: „Mo.Ki II“) an der Schule am Lerchenweg installiert. Träger war die AWO Niederrhein in enger Kooperation mit der Stadt und der Schule. Die Zielsetzungen lauteten, eine konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung von Grundschulen modellhaft umzusetzen, um der Zielgruppe von „Mo.Ki“ eine erfolgreiche Schulkarriere zu sichern. Wesentliche Elemente des Modellprojektes sind in das Regelsystem der Schule übergegangen und werden weiter ausgebaut. Der Ansatz ist mittlerweile auf eine weitere Monheimer Grundschule ausgeweitet. Zudem bildet er den allgemein übertragbaren Prototyp einer „Grundschule für morgen“ (vgl. Schule am Lerchenweg 2010; Holz 2010b).
- Als dritter Baustein nahm ab Oktober 2008 das Projekt „Mo.Ki 0 – Frühes Fördern von Anfang an“ (kurz „Mo.Ki 0“) die Arbeit auf. Erneut in Trägerschaft von AWO Niederrhein und Stadt Monheim richtet es sich an die Zielgruppe der 0- bis 3-Jährigen und ihre Eltern. So kann die prägendste Entwicklungsphase von Mädchen und Jungen mit einbezogen werden. Aus struktureller Perspektive betrachtet wird damit der Startpunkt einer kommunalen Präventionskette geformt (vgl. Holz/Stallmann 2010).
- Der vierte und fünfte Baustein sind Zukunftsplanungen der Stadt: Mit „Mo.Ki III – Fördern in den Sekundarstufen“ soll ab 2011 die Präventionsstrategie auf die Gesamt- und die Hauptschule ausgeweitet werden. Hier sind neue Ansätze der Schulsozialarbeit einschließlich der Arbeit mit Eltern sowie der Unterrichtsförderung zu erproben. „Mo.Ki IV – Begleitung in Ausbildung und beim Berufseinstieg“ schließt sich an. Dabei soll es vor allem um die Überprüfung vorhandener Maßnahmen und deren Abstimmung aufeinander gehen.

*Vernetzung:* Durch systematische Steuerung der Stadt wurde ein Netzwerk geschaffen, für das unter anderem typisch ist:

- die Arbeit in Arbeitskreisen/-gruppen und durch Runde Tische, um gemeinsame Vorhaben zu besprechen, zu verabschieden. Ein Beispiel: die befristete AG „Sprachförderung“, die ein in alle Mo.Ki-Elemente integrierendes Sprachförderkonzept erarbeitete;
- eine abgesprochene Arbeitsteilung. Ein Beispiel: Nicht jede KiTa muss in allen Themen gleich qualifiziert sein, sondern jede hat ein eigenes Profil mit spezifischen Schwerpunkten (Gesundheit, Sprache etc.);
- die Verknüpfung von Angeboten mit zumeist dezentraler Umsetzung. Ein Beispiel: Elternangebote sollen nicht nur von einem Träger und zentral in einer Einrichtung angeboten werden, sondern sind vorrangig dort anzusiedeln, wo bereits Bewährtes besteht und die verschiedenen Zielgruppen am ehesten erreicht werden;
- die gezielte Einbindung von Schlüsselpersonen des Hilfesystems. Beispiele: Das kann die Leiterin einer KiTa oder die ASD-Fachkraft, die Lehrerin oder die Sozialpädagogin in einer Schule sein. Gerade die Arbeit mit sozial belasteten Gruppen erfordert einen durch persönliches Kennen geprägten und auf Vertrauen beruhenden aktiven Zugang (Geh-Struktur);
- die Identifizierung und systematische Bearbeitung zentraler Themen der Entwicklungsförderung ab Geburt bis zum späten Jugendalter. Solche Themenschwerpunkte bilden quasi die Software einer kommunalen Präventionskette und werden in allen Bausteinen immer wieder altersentsprechend aufgegriffen: Dazu zählen Gesundheitsförderung (Ernährung), Sprachförderung/-entwicklung, Marte Meo®, sozialpädagogischer Einzelfall in (Hoch)Risikofamilien oder auch Bildungsbegleitung. Ein Beispiel: Gesundheitsförderung ist das Arbeitsfeld von Familienhebammen und Familienbildung, der Kitas, der Grund- und weiterführenden Schulen. Die eine Institution greift das auf was die vorherige thematisiert hat.
- Geschaffen wurde ein zielführendes Prozess-Management: Die Koordinierungsstelle ist Dreh- und Angelpunkt. Die Koordinatorin gestaltet aktiv, gibt Ideen und entwickelt mit anderen weiter; sie spricht mögliche Konflikte an und klärt bei Bedarf und möglichst frühzeitig zwischen Trägern, Einrichtungen oder Fachkräften, sie organisiert Veranstaltungen und setzt Qualifizierungsimpulse. Sie schafft über die gemeinsame Identitäts- und Profilbildung die Basis für ein funktionierendes Gesamtnetzwerk. Heute tragen nicht nur rund 50 Einrichtungen den Ansatz, sondern die gesamte Stadt mit ihren Bürger/-innen und allen relevanten Akteuren.

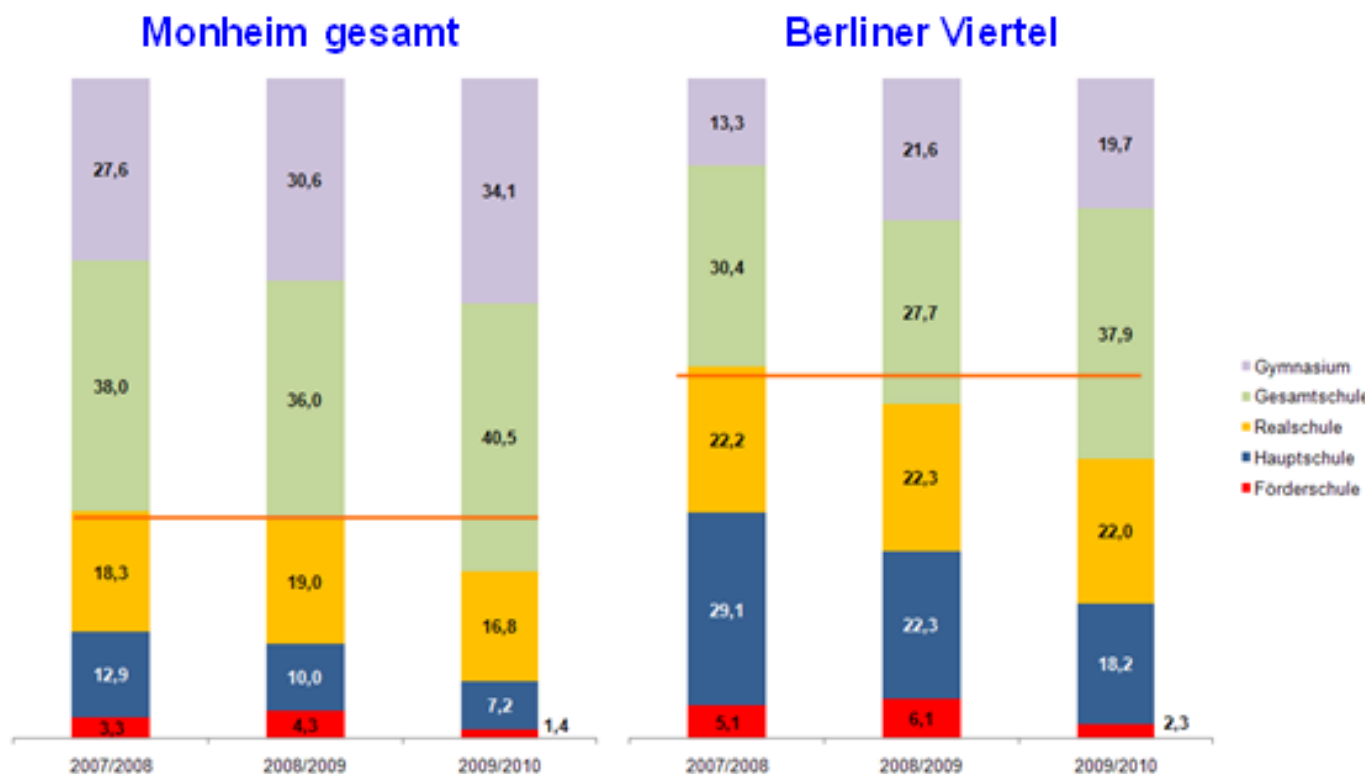


*Wirkungen:* Solche lassen sich auf drei Ebenen verorten und empirisch belegen.

- Strukturelle Auswirkungen beeinflussen das Stadtleben und die Gestaltung der sozialen Daseinsvorsorge der Kommune. Sie übernimmt die „öffentliche“ Verantwortung für jedes Kind des Ortes und für belastete ganz besonders. Die Bürger/-innen setzen sich mit Fragen und Folgen sozialer Benachteiligung auseinander. Sie identifizieren und solidarisieren sich mit ihren armen Bevölkerungsgruppen.
- Die Finanzauswirkungen für die Kommune zeigen, dass sich „Prävention lohnt“. Eine Prüfung des Geschäftsbereiches Jugend für die Jahre 2003 bis 2006 durch das Gemeindeprüfungsamt NRW belegte die Umsteuerungseffekte. Auf eine Kurzformel gebracht zeigte sich: Mehr Fallzahlen bei „Hilfen zur Erziehung“ aber mit weniger Kosten. Die Unterstützung von Eltern und die Förderung der Kinder werden durch den Umbau zu frühzeitigen ambulanten Hilfen und zur Prävention hin günstiger. Monheim am Rhein ist hier NRW-Benchmark.
- Es gibt individuelle und familiäre Auswirkungen, da sich beispielsweise die Angebotspalette quantitativ und qualitativ erweiterte. So werden die Zugangs- und Nutzungschancen für benachteiligte Gruppen größer. Jede/r 4-jährige Monheimer/-in besucht eine KiTa. Das Angebot soll alsbald jeder/m 3-Jährige/n zur Verfügung stehen. Fehlendes Einkommen einer Familie führt nicht mehr zum Ausschluss von allgemeinen KiTa- und Schulaktivitäten. Es werden Freizeiten, Feste, Kulturangebote usw. durch „Mo.Ki“ umgesetzt, an denen jedes Kind teilnehmen kann. Die kindlichen Erlebnis- und Gestaltungsspielräume als Basis zur (Selbst-)Bildung erfahren so eine immense Ausweitung. Alle Eltern werden nach der Geburt ihres Kindes besucht und darin bestärkt, Unterstützungsangebote zu nutzen oder sich Rat zu holen. So werden rund 350 Familien pro Jahr erreicht. Mit ihnen werden Fragen zur Versorgung und Entwicklung des Neugeborenen ebenso besprochen wie Themen zur Gesundheit, zur Erziehung und Bildung älterer Geschwister, finanzielle Situation, Arbeitsmarktintegration oder auch Partnerschaft.

Seit kurzem sind Zahlen zur Bildungsteilnahme der Kinder aus dem sozial belasteten Quartier ausgewertet (vgl. Abb. 2.). Der Vergleich zwischen Gesamt-Monheim und dem Berliner Viertel lässt die noch immer deutlich schlechteren Übergangsquoten der Berliner Viertel-Kinder zum Gymnasium bzw. zur Integrierten Gesamtschule (siehe Querstriche) erkennen. Der Vergleich der Zahlen des Berliner Viertels wiederum zeigt, dass hier immer mehr Jungen und Mädchen zum Gymnasium (30,4 % auf 37,9%) oder zur Integrierten Gesamtschule (13,1 % auf 19,7 %) wechseln.

Abb. 2: Monheim am Rhein: Schulübergänge von der Primar- zur Sekundarstufe I – 2007 bis 2010 (in %)



Quelle: Stadt Monheim 2010

■ Was können Städte von Nürnberg lernen?

*Problemdruck:* Im Dezember 2009 lebten in Nürnberg rund 22 Prozent der unter 15-Jährigen von Hartz IV-Leistungen. Damit hält die Stadt weiterhin eine Spitzenposition unter den bayerischen (Groß-)Städten.

**Der Nürnberger Ansatz – Leitziele, Philosophie und Strategien**

*Einbindung in die Stadtentwicklung:* Der „Orientierungsrahmen für eine nachhaltige Jugend-, Familien-, Bildungs- und Sozialpolitik in Nürnberg“ beschreibt die Zielsetzungen und den Handlungsbedarf in verschiedenen Leitlinien. Bedeutsam sind vor allem Leitlinie 4 „Armut verhindern und bekämpfen“ in Verbindung mit Leitlinie 1/2 „Familie stärken, Erziehung unterstützen, Bildung ermöglichen“ und Leitlinie 3 „Rechte von Kindern und Jugendlichen durchsetzen“. Hinzukommt noch Leitlinie 9 „Integration leben“.



*Federführung:* Referat für Jugend, Familie und Soziales (andernorts vergleichbar einem Dezernat) und dem dort angesiedelten Referat „Armutsprävention“ (vgl. Hopfengärtner 2008).

*Leitziele:* Als solche sind handlungsleitend:

- Arme Kinder haben die gleichen Rechte: „Jedes Kind hat das Recht auf Teilhabe, auf Entfaltung seiner Begabung, auf Unterstützung, Bildung, Erholung, Kultur <...>. Arme und bildungsferne Eltern können ihre Kinder dabei weniger gut unterstützen als gut situierte und hoch gebildete. Es ist daher die Verpflichtung von Staat und Gesellschaft, denjenigen Kindern zur Verwirklichung ihrer Rechte zu verhelfen, die auf wenige materielle und immaterielle Ressourcen zurückgreifen können“ (Stadt Nürnberg 2008a: 5).
- Gemeinsam Handeln gegen Kinderarmut – auf allen Ebenen: „Die Instrumente der Kommunen reichen nicht aus, um Kinder- und Familienarmut wirksam zu bekämpfen.“ (D.h. der Bund und das Land Bayern in ihren Verantwortungen gefordert.) „Der Kommune obliegt als örtlicherem Träger der Jugendhilfe und als (Mit-)Träger der Grundsicherung die Gestaltung der Lebensbedingungen vor Ort innerhalb des von den anderen Ebenen gespannten Rahmens. Sie ist auf die aktive Unterstützung durch die Zivilgesellschaft angewiesen <...>. Alle Ebenen sind verpflichtet, die Infrastruktur der Bildung, Betreuung und Erziehung vor und neben der Schule bedarfsgerecht auszubauen <...>“ (Stadt Nürnberg 2008a: 6).

*Philosophie, zentrales Instrument und Programm:* Vorhandene Ressourcen und Maßnahmen werden genutzt, um durch Neuausrichtung und/oder Erweiterung einer möglichst großen Gruppe von Betroffenen passgenaue Hilfen anzubieten. Im Zentrum steht der „Nürnberg-Pass“. Er ermöglicht allen bedürftigen Bürger/-innen den Zugang zu ermäßigten und kostenlosen Leistungen. Er ist zugleich auch das zentrale Instrument der Stadt, um den Zugang zu Leistungen der Armutsprävention und -bekämpfung zu steuern. Das Angebot des Passes wird Schritt für Schritt um Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien erweitert werden (vgl. Stadt Nürnberg 2008b). Die Entwicklung der Nutzerzahl bei den Jungen und Mädchen ist seit 2008 beachtlich (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Entwicklung der Zahl der Kinder mit Nürnberg-Pass – 12/2008 bis 12/2009

Jahr	Anzahl	Häufigkeit
Dezember 2008	7.138	100,0 %
Dezember 2009	8.557	119,9 %
Veränderung	+ 1.419	+ 19,9%

Quelle: Stadt Nürnberg- Sozialreferat: Jahresbericht 2010: S. 41.

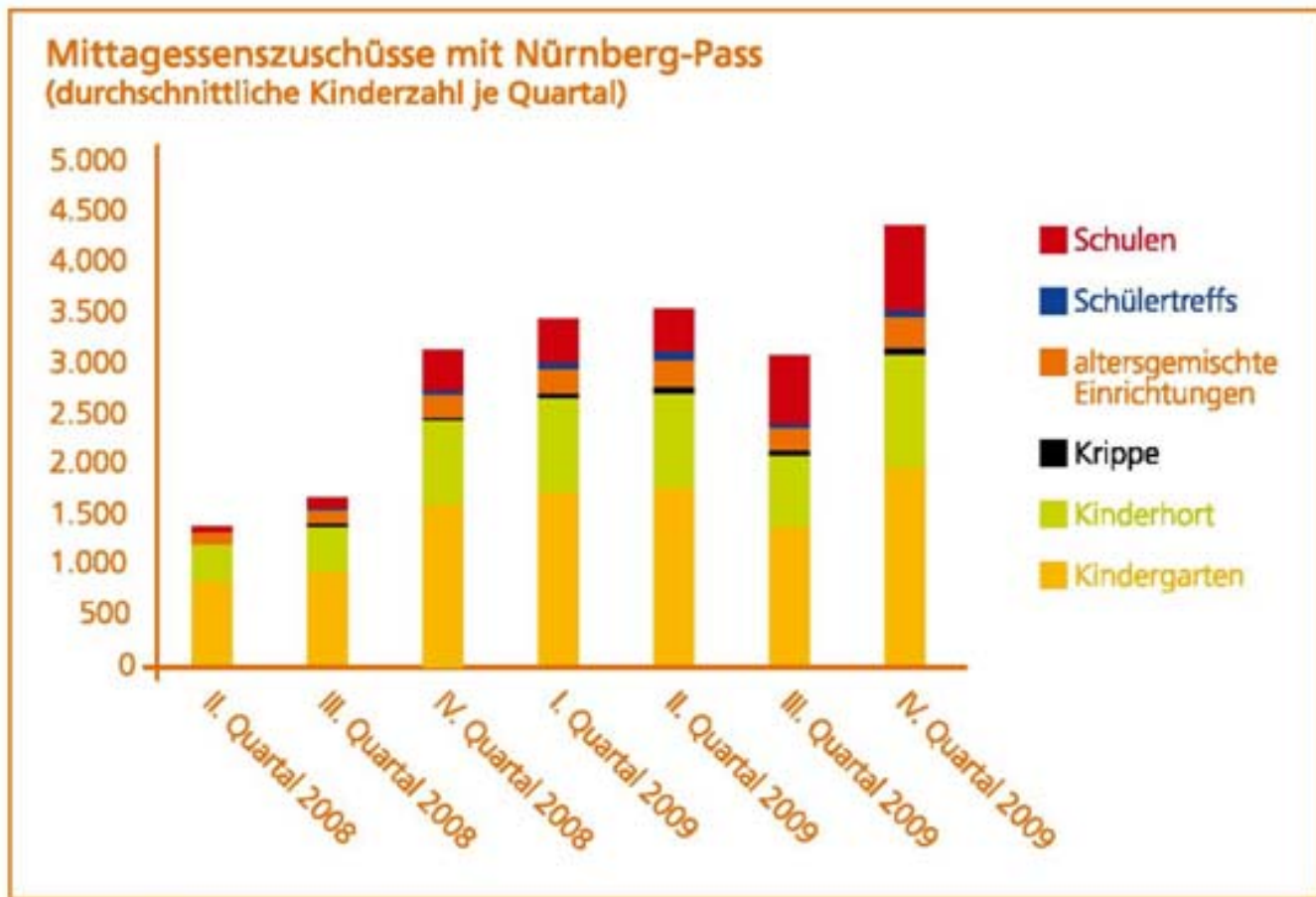
Darauf ausgerichtet wurde ein sehr differenziertes und umfangreiches Arbeitsprogramm zur Bekämpfung von Kinderarmut entwickelt (vgl. Stadt Nürnberg 2008a). Es soll den Weg zu einem bedarfsorientierten, finanzierbaren und wirksamen Maßnahmenpaket der Bekämpfung von Kinderarmut aufzeigen, wobei es nicht um neue Sondermaßnahmen, sondern um die gerechte Teilhabe am bestehenden Angebot geht. Dafür sollen neben der Kommune weitere „Finanziers“ – neben den öffentlichen auch bürgerschaftliche Geber – eingebunden werden. Schließlich wird die Kooperation der beteiligten Dienste auf den Prüfstand gestellt, um Verbesserungen zu erreichen, damit die Zielgruppen nicht durch die Maschen des Netzes rutschen, und die Kinder und Jugendlichen vor allem nicht an den biografischen Übergängen verloren gehen.

Oberste Priorität haben der (a) Ausbau der Infrastruktur (z.B. Ausbau der Frühen Hilfen, Ausbau und Weiterentwicklung der KiTas, Ganztagschulen, Angebote der Eltern- und Familienbildung) sowie (b) die Unterstützung und Ermöglichung qualifizierter Erwerbstätigkeit der Eltern (z.B. Vernetzung zur ARGE, Alphabetisierungs- und Grundbildungskurse, Qualifizierung aller Art). Dem schließen sich konkrete Handlungsfelder kommunaler Verantwortung für Kinder an, die nachfolgend im Überblick genannt sind. Allein der Wortlaut lässt die Kindperspektive erkennen.

- „Jedes Kind ist herzlich willkommen“,
- „Vernünftige Mahlzeiten für jedes Kind“,
- „Gesundheitsförderung von Anfang an“,
- „Schulische Teilhabe von Anfang an“,
- „Starke Eltern für alle Kinder“,
- „Jedem Kind eine helfende Hand“,
- „Jedem Kind ein Ferienerlebnis“,
- „Sport und Bewegung für jedes Kind“,
- „Kultur für alle Kinder“,
- „Mehr wissen, besser handeln“ (Evaluation, Jugendhilfeplanung).

Zu jedem Feld ist eine Anzahl unterschiedlicher Maßnahmen benannt, die entweder bereits bestehen oder schrittweise eingeleitet werden. Einige Zahlen dazu: Die Zahl der Kinder, die einen Zuschuss zum Mittagessens erhalten, stieg innerhalb von eineinhalb Jahren von rund 1.500 auf weit über 4.000 (vgl. Abb. 3).

Abb. 3: Nürnberg: Entwicklung der Zuschüsse zum Mittagessen – 2008 bis 2009 (abs.)



Quelle: Stadt Nürnberg, Jugendamt.

Die Grafik zeigt an, wie viele Kinder im jeweiligen Quartal regelmäßig einen Mittagessenszuschuss erhielten. Der temporäre Rückgang in den Monaten Juli bis September ist auf die Ferienzeit sowie auf Einrichtungswechsel zum Kindergarten-/Schuljahresbeginn zurückzuführen.

Weitere Erfolge finden sich in den Feldern „Teilnahme an Ferienerlebnissen sowie Sport und Bewegung“.

- Am kommunalen Sommerferienprogramm mit rund 1.200 Plätzen nahmen 2008 rund 300 Kinder mit Nürnberg-Pass teil, 2009 waren es 400.
- Beim Pfingstferienprogramm 2009 hatten 47 Prozent der Kinder den Nürnberg-Pass, bei den Ausflügen und Fußballturnieren rund 48 Prozent.
- Die Mitgliedschaft in Sportvereinen soll das erste Jahr kostenlos und anschließend preisreduziert möglich sein. Beim Start ab September 2009 beteiligten sich 21 Vereine und innerhalb von zwei Monaten hatten sich 86 Pass-Kinder für die Mitgliedschaft entschieden.
- Weiterhin soll erreicht werden, dass alle Pass-Kinder im Vorschulalter schwimmen lernen. Bei Modellstart im Herbst 2009 nahmen an dem drei Termine umfassenden Kurs drei KiTa-Gruppen mit 35 Kindern teil, davon hatten 26 Kinder den Nürnberg-Pass (74,3 %) (vgl. Stadt Nürnberg 2010).

Schließlich ist in dem oben zuletzt genannten Handlungsfeld – der Evaluation – die kontinuierliche Ergebnis- und Zielerreichungsprüfung angesprochen, um bei Bedarf eine zeitnahe Feinjustizierung im laufenden Prozess vornehmen zu können. Eine Befragung von rund 500 Eltern mit Nürnberg-Pass wurde zur Frage ihres Bewältigungshandelns und der Nutzung vorhandener Hilfen durchgeführt (vgl. Wüstendörfer 2008). Diese Studie ist bisher bundesweit einmalig und liefert nicht zuletzt deshalb einen wichtigen Beitrag für die Armutforschung. Ebenso sind die zuvor skizzierten Einzeldaten die Auswertungsergebnisse der laufenden Berichterstattung des Sozialdezernates.

#### **Zu b) Komplexe Teileinsätze – Oder: Wie versucht Wiesbaden die Bildungsteilhabe für alle zu sichern?**

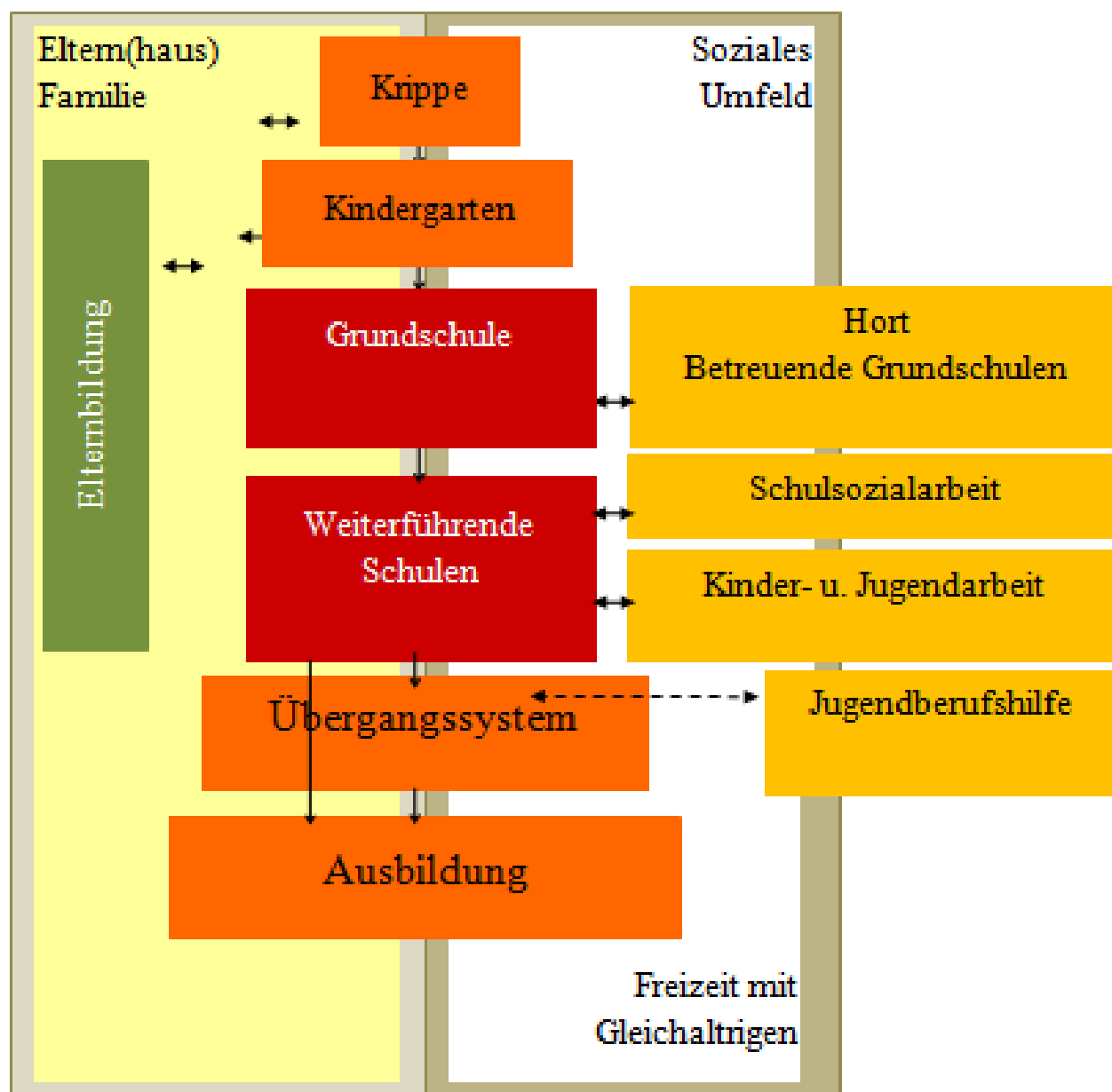
##### **3.1.3 Der Wiesbadener Ansatz – Ansatzpunkt, Leitziele und Schwerpunkte**

**Problemdruck:** Im April 2009 lebten rund 24 Prozent oder knapp 10.000 unter 15-jährigen Wiesbadener Kinder von Hartz IV-Leistungen (vgl. auch Hock et al. 2010).

**Ansatzpunkt:** Das Leitbild der Stadt lautet „Bildung für alle“ und rückt ausdrücklich Kinder aus sozial benachteiligten Familien in den Vordergrund. Gerade sie benötigen Unterstützung durch öffentliche Angebote, um den Weg in eine eigene finanziell abgesicherte Lebensführung und eine tragfähige persönliche Autonomie zu erreichen. Entsprechend müssen sich – so der Wiesbadener Ansatz – öffentliche Ressourcen auf die Reduzierung ungleicher Bildungschancen konzentrieren.

**Federführung:** Amt für Soziale Arbeit mit der Abteilung Grundsatz und Planung.

Abb. 4: Bildungslandschaften vor Ort



Quelle: Hock 2008.

**Leitziel:** „Bildung für alle“ übersetzt in kommunales Handeln bedeutet für die Stadt Wiesbaden die „Sicherung der Bildungsteilnahme für alle“. Dazu bietet sich primär die Kinder- und Jugendhilfe an, denn sie ist in allen Altersphasen und an allen Orten präsent (vgl. Abb. 4).

**Zielgruppen:** Anhand von Basisindikatoren der städtischen Sozialplanung sind drei Gruppen bildungsbenachteiligter Kinder identifiziert: Heranwachsende in Haushalten, (a) deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, in denen (b) kein Elternteil erwerbstätig ist sowie in denen (c) kein Elternteil selbst einen schulischen (Sekundarstufe II) oder beruflichen Bildungsabschluss hat.

Zur Identifizierung von Risikogruppen und deren Förder-/Unterstützungsbedarfe wird die kommunale Sozialberichterstattung genutzt (vgl. Hock/Brülle 2006). Dazu zählen die

- sozialräumliche Sozialberichterstattung zwecks Ermittlung sozial belasteter Stadtteile/Quartiere;
- projektbezogene Berichterstattung – z.B. im Kindertagesstätten- und Schulbereich –, um die Zielgruppe genauer zu betrachten und besonders betroffene Einrichtungen zu identifizieren;
- Berichte und Monitoringdaten, um einzelne Fragestellungen zur Bildungsbeteiligung aufzugreifen;
- gezielten Erhebungen, um die Grenzen der drei zuvor genannten Instrumente zu überwinden. Ein Beispiel ist die in der deutschen Armutsforschung noch selten zu findende Analyse des Zusammenhangs von familiärer Einkommenslage und kindlichen Bildungschancen. Basis hierfür ist eine Vollerhebung der Schüler/-innen am Ende der Grundschulzeit (vgl. Schulze et al. 2008).

Die so ermittelten Erkenntnisse dienen der bedarfsgerechten Platzierung öffentlicher Angebote in den einzelnen Quartieren und sind Grundlage für städtische Konzepte oder Programme.

**Programme und ausgewählte Ergebnisse:** Ausgehend von der Leitfrage „Wie werden die Chancen ‚unserer‘ Kinder und Jugendlichen am nachhaltigsten beeinflusst?“ wird seit längerem ein systematisches Engagement unter anderem in zwei



- AWO Niederrhein et al. (2009): Memorandum Kinderarmut. Verfügbar Online (Abruf 10.07.2010): <http://www.monheim.de/moki/bilanz/memorandum.pdf>.
- BA (2010) = Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen. Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende: SGB II-Bedarfsgemeinschaften und ihre Mitglieder nach drei Monaten Wartezeit. Nürnberg. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): <http://www.pub.arbeitsagentur.de/hst/services/statistik/detail/I.html>.
- Becker, Irene (2006): Armut in Deutschland: Bevölkerungsgruppen unterhalb der ALG II-Grenze. Arbeitspapier 3 des Projekts „Soziale Gerechtigkeit“ der J. W. Goethe-Universität Frankfurt/Main. Frankfurt am Main. Verfügbar Online (Abruf 20.08.2010): [www.boeckler.de/pdf\\_fof/S-2006-863-4-3.pdf.de](http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2006-863-4-3.pdf.de).
- Beckmann, Katharina (2010): Kinderschutz in öffentlicher Verantwortung. Entscheidungskriterien und Handlungsperspektiven für die kommunale Sozialpolitik. Schwalbach/Ts.
- Bertram, Hans (2008): Zur Lage der Kinder in Deutschland: Politik für Kinder als Zukunftsgestaltung. UNICEF-Bericht. Köln.
- BJK = Bundesjugendkuratorium (Hrsg.) (2009): Kinderarmut in Deutschland: Eine drängende Handlungsaufforderung an die Politik. München.
- Blätter der Wohlfahrtspflege (2010): Schwerpunktheft Armutsberichterstattung. Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist. Blätter der Wohlfahrtspflege H. 2.
- BMAS (2008) = Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Lebenslagen in Deutschland. Der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): [http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter\\_\\_armuts\\_\\_und\\_\\_reichtumsbericht.pdf](http://www.bmas.de/coremedia/generator/26742/property=pdf/dritter__armuts__und__reichtumsbericht.pdf).
- BMFSFJ (2005a) = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): [http://www.bmfsfj.de/doku/kjb/data/download/kjb\\_060228\\_ak3.pdf](http://www.bmfsfj.de/doku/kjb/data/download/kjb_060228_ak3.pdf).
- BMFSFJ (2005b) = Bundesministerium für Familien, Senioren Frauen und Jugend (BMFSJ) (Hrsg.): Nationaler Aktionsplan: für ein kindgerechtes Deutschland 2005 – 2010. Berlin. Verfügbar Online (20.08.2010): [www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/nap/nationaler-aktionsplan-fuer-einkindergerechtes-deutschland-2005.2010.html](http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/nap/nationaler-aktionsplan-fuer-einkindergerechtes-deutschland-2005.2010.html).
- BMFSFJ (2006) = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht. Berlin. Verfügbar Online (Abruf 20.07.2010): <http://www.bmfsfj.de/doku/familienbericht/>.
- BMFSFJ (2009a) = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Dreizehnter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin. Verfügbar Online (Abruf 20.08.2010): <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/13-kinder-jugendbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- BMFSFJ (2009b) = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienreport 2009. Leistungen. Wirkungen. Trends. Berlin. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/BMFSFJ/familie,did=120168.html>.
- BMFSFJ (2010) = Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.): Familienreport 2010. Leistungen. Wirkungen. Trends. Berlin. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/familienreport-2010,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>.
- Borchard, Michael; Henry-Huthmacher, Christine; Merkle, Tanja; Wippermann, Carsten (2008): Eltern unter Druck. Selbstverständnisse, Befindlichkeiten und Bedürfnisse von Eltern in verschiedenen Lebenswelten. Berlin 2008.
- Bos, Wilfried; Bosen, Martin; Baumert Jürgen; Prenzel/ Manfred; Selter, Christoph; Walther Gerd (Hrsg.) (2008). TIMSS 2007 – Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen von Grundschulkindern in Deutschland im internationalen Vergleich. Münster.
- Bos, Winfried; Stubbe, Tobias C.; Buddenberg, Magdalena (2010): Einkommensarmut und schulische Kompetenzen, in: Fischer, Jörg/Merten, Roland (Hrsg.): Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen. Problembestimmung und Interventionsansätze. Baltmannsweiler, S. 58–72.
- Burghardt, Manfred (2006): Förderung der Teilhabe und Selbstständigkeit von Kindern und Jugendlichen durch Stärkung ihrer Belastbarkeit und Widerstandsfähigkeit. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): <http://www.lernen-fordern.de/pdf/teilhabe2/Burghardt.pdf>.
- Butterwegge Carolin (2010): Armut von Kindern mit Migrationshintergrund : Ausmaß, Erscheinungsformen und Ursachen. Wiesbaden.
- Butterwegge, Christoph; Holm, Karin; Zander, Margherita, u.a. (2008): Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich. 3. Aufl. München.
- BZgA = Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung/Gesundheit Berlin-Brandenburg: Gesundheitsförderung bei sozial

Benachteiligten. Verfügbar Online (Abruf 10.07.2010): <http://www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/>.

Chassé, Karl August; Zander, Margherita; Rasch, Konstanze (2003): Meine Familie ist arm: Wie Kinder im Grundschulalter Armut erleben und bewältigen. Opladen.

Dahlgren, Göran; Whitehead, Margret (1991). Policies and strategies to promote social equity in health. Stockholm.

Dittmann, Jörg; Fischer, Arthur; Koch, Lisa; Weigel, Hans-Georg (2009): Motive und Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie für Väter. Mainz.

Dittmann, Jörg; Koch, Lisa (2010): Praxisleitfaden für kleine und mittelständische Unternehmen zur Verbesserung ihrer Familienfreundlichkeit. Mainz.

Fertig, Michael; Tamm, Marcus (2008): Die Verweildauer von Kindern in prekären Lebenslagen. In: Bertram, Hans (Hrsg.): Mittelmaß für Kinder. Der Unicef-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland. München, S. 152–155.

Forschungsinstitut für Kinderernährung (FKE) (2007): Arbeitslosengeld II reicht nicht für gesunde Kinderernährung. Verfügbar Online (20.08.2010): [www.fke-do.de/content.php?seite=seiten/inhalt.php&details=854](http://www.fke-do.de/content.php?seite=seiten/inhalt.php&details=854).

Gesterkamp, Thomas (2009): Kinder, Küche und Karriere: Männer suchen ihre neue Rolle. Sendung des Deutschlandradios am 16. Mai 2009. Verfügbar Online (Abruf: 20.07.2010): <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/hintergrundpolitik/935337/>.

Grabka, Michael M.; Frick, Joachim R. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, in: Wochenbericht des DIW 7/2010, S. 2–11. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.347305.de/10-7.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.347305.de/10-7.pdf).

Hanesch, Walter (2001): Armut und Integration in den Kommunen. In: Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, H. 1, S. 27-47.

Heiner, Maja (2007): Soziale Berufe als Beruf: Fälle – Felder – Fähigkeiten. München.

Henry-Huthmacher, Christine (2008): Eltern unter Druck. Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der Studie. Bonn. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): [http://www.kas.de/upload/dokumente/2008/02/080227\\_henry.pdf](http://www.kas.de/upload/dokumente/2008/02/080227_henry.pdf).

Henry-Huthmacher, Christine; Hoffmann, Elisabeth (Hrsg.) (2010): Wenn Eltern nur das Beste wollen. Ergebnisse einer Expertenrunde der Konrad-Adenauer-Stiftung. St Augustin. Verfügbar Online (Abruf 20.08.2010): [http://www.kas.de/wf/doc/kas\\_19412-544-1-30.pdf?100422134112](http://www.kas.de/wf/doc/kas_19412-544-1-30.pdf?100422134112).

Hock Beate; Brülle, Heiner; Brennecke, Julia (2010): Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden. Beiträge zur Sozialplanung Nr. 31/2010. Wiesbaden.

Hock, Beate (2008): Kommunale Bildungsplanung und die Rolle der Jugendhilfe. Powerpoint-Vortrag auf dem 13. Kinder- und Jugendhilfetag 2008 in Essen. Wiesbaden.

Hock, Beate; Brülle, Heiner (2006). Kommunale Sozialpolitik im Wandel – Konsequenzen für die Jugendhilfeplanung und Sozialberichterstattung, in: Maykus, Stephan: Herausforderung Jugendhilfeplanung. Weinheim.

Hock, Beate; Brülle, Heiner (2010): Bildung für alle – Strategien zur Sicherung der Bildungsteilhabe von sozial benachteiligten Kindern, in: Holz, Gerda; Richter, Antje (Hrsg.): Kinderarmut und ihre Folgen. Wie kann Prävention gelingen? München, S. 207-222.

Hock, Beate; Holz, Gerda, Wüstendörfer, Werner (2000): Frühe Folgen – Langfristige Konsequenzen? Armut und Benachteiligung im Vorschulalter. Vierter Zwischenbericht zu einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt. Frankfurt am Main.

Hock, Beate; Holz, Gerda; Simmedinger, Renate; Wüstendörfer, Werner (2000): Gute Kindheit – Schlechte Kindheit? Armut und Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Frankfurt am Main.

Holtappels, Heinz-Günter; Klieme, Eckhard; Rauschenbach, Thomas; Stecher, Ludwig (Hrsg.) (2007): Ganztagschule in Deutschland: Ergebnisse der Ausgangserhebung der „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen (StEG)“. Weinheim.

Holz, Gerda (2007): Wie Rahmenbedingungen von Kitas auf das Grundrecht der Gleichbehandlung von Kindern einwirken, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Jedes Kind mitnehmen – Bildungschancen für Kinder aus sozialen benachteiligten Familien. Gütersloh, S. 10–13. Verfügbar Online (Abruf 20.08.2010): [www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms\\_bst\\_dms\\_20448\\_\\_2.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_20448__2.pdf).

Holz, Gerda (2009): Kinderarmut und soziale Ungleichheit – Familienpolitik weiterdenken!, in: Archiv für Wissenschaft und Praxis der Sozialen Arbeit, H. 2, S. 68–81.

Holz, Gerda (2010a): „Armutsprävention und Bildungsförderung durch Schule und Jugendhilfe, in: Fischer, Jörg/Merten, Roland (Hrsg.): Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen. Problembestimmung und Interventionsansätze. Baltmannsweiler, S. 25–41.

Holz, Gerda (2010b): Frühes Fördern in der Grundschule. Der Präventionsansatz von „Mo.Ki II“. München.

Holz, Gerda; Puhlmann, Andreas (2005): Alles schon entschieden? Wege und Lebenssituation armer und nicht-armer Kinder zwischen Kindergarten und weiterführender Schule. Frankfurt am Main.





- Meier-Gräwe, Uta (2006): Was brauchen Eltern in benachteiligten Lebenslagen, in: Holz, Gerda (Hrsg.): Armut bei Kindern. KiTa Spezial 4/2006. Kronach, S. 14–18.
- Meier-Gräwe, Uta (2009): Armutsprävention im Sozialraum – ein Schlüssel zur Verringerung von Bildungsarmut. In: Sozialer Fortschritt, H. 2-3, S. 29–36.
- Mielck, Andreas (2005): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Einführung in die aktuelle Diskussion. Bern.
- NAK = Nationale Armutskonferenz (2010) Armut und Ausgrenzung überwinden – in Gerechtigkeit investieren. Berlin. Verfügbar Online (Abruf 20.08.2010): [www.bmfsfj.de/ReadaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/zwoelfter-kjb,property=pdf.pdf](http://www.bmfsfj.de/ReadaktionBMFSFJ/Abteilung5/Pdf-Anlagen/zwoelfter-kjb,property=pdf.pdf).
- Opp, Günther; Fingerle, Michael (Hrsg.) (2009): Was Kinder stärkt. Erziehung zwischen Risiko und Resilienz. München.
- Krüger, Heinz-Hermann; Rauschenbach Thomas (2007): Bildung im Schulalter: Ganztagsbildung als neue Perspektive. In: Bildungs- und Sozialberichterstattung (2007), 6, S. 97-108.
- Rauschenbach, Thomas (2007): Im Schatten der formalen Bildung. Alltagsbildung als Schlüsselfrage der Zukunft. Diskurs Kindheits- und Jugendforschung Heft 4-2007, S. 439-453.
- Rhein, Thomas (2009): „Working poor“ in Deutschland und den USA. Arbeit und Armut im transatlantischen Vergleich, in: IAB\_Kurzberich 1, S. 1–8.
- Richter, Antje (2000): Wie erleben und bewältigen Kinder Armut? Eine qualitative Studie über die Belastung aus Unterversorgungslagen und ihre Bewältigung aus subjektiver Sicht von Grundschulkindern einer ländlichen Region. Aachen.
- Richter, Antje (2005): Risiko und Resilienz. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): <http://www.gesundheit-nds.de/downloads/vortrag.richter.risiko.und.resilienz.pdf>.
- Richter-Kornweitz, Antje (2010a): Gleichheit und Differenz - die Relation zwischen Resilienz, Geschlecht und Gesundheit'. In : Zander, Margherita: Handbuch Resilienz. Wiesbaden (im Erscheinen).
- Richter-Kornweitz, Antje (2010b): Resilienz und Armutsprävention. In: Holz, Gerda; Richter-Kornweitz, Antje (Hrsg.): Kinderarmut und ihre Folgen. Wie kann Prävention gelingen? München, S. 118-139.
- Rosenbrock, Rolf; Kümpers, Susanne (2009): Primärprävention als Beitrag zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen. In: Richter, Matthias; Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Perspektiven. Wiesbaden, S. 385–421.
- Sachverständigenkommission 13. Kinder- und Jugendbericht (Hrsg.) (2010): Mehr Chancen für gesundes Aufwachsen. Materialien zum 13. Kinder und Jugendbericht. München.
- Schlevogt, Vanessa (2009). Ein Familienzentrum mit vielen Orten, in: Heuchel, Inge; Lindner, Eva; Springer, Karin (Hrsg.): Familienzentren in Nordrhein-Westfalen. Beispiele innovativer Praxis. Münster, S. 167–174.
- Schröder, Paul M. (2010): Kinder unter 15 in SGB II-Bedarfsgemeinschaften im Bund, in den Ländern und in den Kreisen (Dezember 2005 bis Dezember 2009). Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): [http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/100419\\_Hinweise\\_sgb2\\_kinder.pdf](http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/100419_Hinweise_sgb2_kinder.pdf).
- Schule am Lerchenweg (2010): Schulprogramm. Verfügbar Online (Abruf 20.08.2010): <http://gsl.monheim.de/schulprogramm.php>.
- Schultebracks-Burgkart, Gisela (Hrsg.) (2008): Die Grundschule Kleine Kielstraße – Dortmund. Seetze.
- Schulze, Alexander; Unger, Rainer; Hradil, Stefan (2008): Bildungschancen und Lernbedingungen an Wiesbadener Grundschule am Übergang zur Sekundarstufe I. Wiesbaden.
- Sinus Sociovision (2007): Die Milieus der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Zentrale Ergebnisse einer qualitativen sozialwissenschaftlichen Untersuchung. Berlin. Verfügbar Online (Abruf 20.08.2010): [www.sinus-sociovision.de/download/Zentrale\\_Ergebnisse:16102007.pdf](http://www.sinus-sociovision.de/download/Zentrale_Ergebnisse:16102007.pdf).
- Stadt Aachen (2010): Positives Aufwachsen in Aachen (PIA). Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/familie/projekte/projekt\\_pia/pia.html](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/familie/projekte/projekt_pia/pia.html)
- Stadt Dormagen (2008): NeFF Dormagen. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): [http://www.dormagen.de/fileadmin/civserv/pdf-dateien/fachbereich\\_5/erzieherische\\_hilfen/fr%C3%BChe\\_hilfe\\_brosch%C3%BCre\\_komplett\\_klein.pdf](http://www.dormagen.de/fileadmin/civserv/pdf-dateien/fachbereich_5/erzieherische_hilfen/fr%C3%BChe_hilfe_brosch%C3%BCre_komplett_klein.pdf).
- Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.) (2008): Erfahrungsbericht der Koordinierungsstelle Kinder „Frankfurter Kinderbüro“ zur Lebenssituation Frankfurter Kinder: Schwerpunkt: Mögliche Auswirkungen von Armut für Kinder. Frankfurt am Main.
- Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.) (2010): Zukunft für Frankfurter Kinder sichern! Dokumentation der Beiträge und Ergebnisse zu Armut und sozialer Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen im Zuge der Schwerpunktsetzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Frankfurt am Main. Materialienreihe: Jugend und Soziales 5. Frankfurt am Main.
- Stadt Hannover (2010): Der Hannoversche Weg. Lokaler Beitrag für Perspektiven von Kindern in Armut. Hannover. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): <http://www.kooperationsstelle-osnabrueck.de/fileadmin/user/Aktivitaeten>

/Sozialkonferenzen/16.\_OSK/Hannover\_\_drucksache\_hannoverscher\_weg.pdf.

Stadt Mainz (2009): Mainzer Handlungskonzept gegen Kinderarmut. Mainz. Verfügbar Online (Abruf 15.08.2010): [http://www.mainz.de/C1256D6E003D3E93/vwLookUpImagesforLoad/mainzer-handlungskonzept-gegen-kinderarmut.pdf/\\$FILE/mainzer-handlungskonzept-gegen-kinderarmut.pdf](http://www.mainz.de/C1256D6E003D3E93/vwLookUpImagesforLoad/mainzer-handlungskonzept-gegen-kinderarmut.pdf/$FILE/mainzer-handlungskonzept-gegen-kinderarmut.pdf).

Stadt Monheim am Rhein (2009): Mo.Ki – Monheim für Kinder. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): <http://www.monheim.de/moki/index.html>.

Stadt Nürnberg – Referat Jugend, Familie, Soziales (2010): Jahresbericht 2009. Online verfügbar (Abruf 15.08.2010): [http://www.soziales.nuernberg.de/pdf/bericht\\_2009\\_internet.pdf](http://www.soziales.nuernberg.de/pdf/bericht_2009_internet.pdf).

Stadt Nürnberg (2008a): Armen Kindern Zukunft geben! Arbeitsprogramm gegen Kinderarmut in Nürnberg. Beilage 40 zur Sitzung des JHA vom 11.12.2008. Nürnberg. Verfügbar Online (Abruf: 10.08.2010): [http://www.jugendring.de/kinderarmut\\_nuernberg.pdf](http://www.jugendring.de/kinderarmut_nuernberg.pdf).

Stadt Nürnberg (2008b): Der Nürnberg-Pass als kommunales Steuerungsinstrument zur Armutsprävention und Armutsbekämpfung. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): <https://online-service.schwabach.de/eris/downloadPDF.do;jsessionid=19D6E36B381DE5D2C9381B6F9051FC4F?id=42117>.

Statisches Bundesamt (2006): Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus LEBEN IN AUROPA für Deutschland 2005 – Presseexemplar. Wiesbaden. Online: [www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/eu-silc-bericht.pdf](http://www.forschungsdatenzentrum.de/bestand/eu-silc-bericht.pdf).

Träger, Jutta: Familie im Umbruch. Quantitative und qualitative Befunde zur Wahl von Familienmodellen. Wiesbaden 2009.

Volz, Rainer; Zulehner, Paul M. (2009): Männer in Bewegung. Zehn Jahre Männerentwicklung in Deutschland. Ein Forschungsprojekt der Gemeinschaft der Kath. Männer Deutschland und der Männerarbeit der EKD. Hrsg. vom BMFSFJ. Baden-Baden 2009.

Walper, Sabine (2005): Tragen Veränderungen in den finanziellen Belastungen von Familien zu Veränderungen in der Befindlichkeit von Kindern und Jugendlichen bei?, in: Zeitschrift für Pädagogik H. 2, S. 170–191.

Weiß, Hans (2000): Frühförderung mit Kindern und Familien in Armutslagen (Beiträge zur Frühförderung; 7). Stuttgart.

Werner, Emmy (2000): ProtectiveFactorsand IndividualResilience. In: Shonkoff, Jack P./Meisels, SamuelJ.: Handbookof EarlyChildhoodIntervention, S. 115–134

Werner, Emmy (2007): Entwicklung zwischen Risiko und Resilienz. In: Opp, Günther; Fingerle, Michael (Hrsg.): Was Kinder stärkt. Erziehung zwischen Risiko und Resilienz.–München, S. 20-31.

Wüstendörfer, Werner (2008): „Dass man immer nein sagen muss“. Eine Befragung der Eltern von Grundschulkindern mit Nürnberg-Pass, Nürnberg. Verfügbar Online (Abruf 10.08.2010): [http://www.soziales.nuernberg.de/pdf/Befragung\\_Nuernberg\\_Pass.pdf](http://www.soziales.nuernberg.de/pdf/Befragung_Nuernberg_Pass.pdf).

Wustmann, Corinna (2004): Resilienz. Widerstandsfähigkeit von Kindern in Tageseinrichtungen fördern.–Weinheim/Basel.

Zander, Margherita (2009): Armes Kind – starkes Kind. Die Chance der Resilienz. Wiesbaden.

[1] Die AWO-ISS-Langzeitstudie formuliert den theoretischen Rahmen und die operativen Bedingungen, um das Kindergesicht der Armut in seiner Mehrdimensionalität greifbar werden zu lassen. Wird von Armut bei Kindern gesprochen, dann gilt: (1) Ausgangspunkt ist Einkommensarmut, (2) das Kind lebt in einer einkommensarmen Familie, (c) es zeigen sich kindspezifische Erscheinungsformen von Armut in Gestalt von materieller, kultureller, gesundheitlicher und sozialer Unterversorgung, (d) die Entwicklungsbedingungen des Kindes sind beeinträchtigt, wobei dies ein Aufwachsen mit Benachteiligungen oder in multipler Deprivation umfassen kann sowie (e) die Zukunftsperspektiven des Kindes sind eingeschränkt (vgl. Holz et al. 2006).

[2] Vgl. FN 1.

[3] Gesundheit und Wohlbefinden hängen von einer Vielzahl von Faktoren ab. Abgesehen von Alter, Geschlecht und Erbanlagen sind die meisten dieser Faktoren beeinflussbar. Göran Dahlgren und Margret Whitehead (1991) haben die verschiedenen Ebenen dargestellt, auf denen diese Faktoren wirken: 1. Ebene: Persönliche Verhaltens- und Lebensweisen, 2. Ebene: Unterstützung und Beeinflussung durch das soziale Umfeld, 3. Ebene: Lebens- und Arbeitsbedingungen und 4. Ebene: wirtschaftliche, kulturelle und physische Umweltbedingungen. In der Gesundheitsförderung und Prävention werden zwei Zielrichtungen unterschieden: a) Maßnahmen, die individuelle Faktoren verändern sollen, z.B. Kurse für gesundes Ernährungsverhalten oder Raucherentwöhnung, werden als verhaltensbezogen bezeichnet. b) Maßnahmen, die Faktoren verändern sollen, die von außen auf das Individuum einwirken, werden als verhältnisbezogen bezeichnet (vgl. BZgA/Gesundheit Berlin-Brandenburg 2009).

[4] Vgl. zur Rolle der Kommunen in Fragen von Armut und Integration z.B. Hanesch 2001.

[5] Eine Übersicht der verschiedenen Analysen und Konzepte ist Online verfügbar, vgl. [http://www.wiesbaden.de/loader.php?menue=/die\\_stadt/sozial\\_fam/menue.php&content=/die\\_stadt/sozial\\_fam/soz\\_planung/jugendhilfe\\_neu\\_shop.php](http://www.wiesbaden.de/loader.php?menue=/die_stadt/sozial_fam/menue.php&content=/die_stadt/sozial_fam/soz_planung/jugendhilfe_neu_shop.php).

